



Mit Dr. Saskia Ludwig sprach Joachim Schäfer

Kernenergie – „Merkel’sche Fehlentscheidung revidieren“

BDS/BVMU-Gedankenaustausch mit CDU-Frontfrau Saskia Ludwig

Die langjährige Brandenburger CDU-Landtagsabgeordnete und bis zum Ende der Legislaturperiode 2021 gewählte Bundestagsabgeordnete Saskia Ludwig hat sich nicht nur als Fraktions- und Landesvorsitzende der Brandenburger CDU einen Namen gemacht, sondern auch als Vorsitzende des CDU-Landesfachausschusses Wirtschaft sowie als finanzpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion. Ihre wirtschaftspolitische Kompetenz kommt nicht von ungefähr: Als promovierte Diplomkauffrau ist sie Mitinhaberin des Familienunternehmens Funck & Co. in Potsdam, deren Geschäftsführerin sie lange war.

Da Saskia Ludwigs Wort innerhalb der CDU bei mittelstandspolitischen Fragestellungen Gewicht hat, suchte BDS/BVMU-Hauptgeschäftsführer Joachim Schäfer in Potsdam den Gedankenaustausch mit der Unionspolitikerin, um

abzuklopfen, welche programmatischen Zielsetzungen des Verbandes künftig bei der CDU als Oppositionspartei Gehör finden werden.

Zinsen für KfW-Notkredit: Gewerbsteuerliche Hinzurechnung

So machte Schäfer deutlich, dass der Einzelhandel nach wie vor unter den Corona-Einschränkungen leide. So hätten die im Frühling 2020 verhängten Schließungsmaßnahmen viele Geschäfte gezwungen, einen Notkredit bei der staatlichen Förderbank KfW in Anspruch nehmen zu müssen. Obwohl viele Betriebe aufgrund der Schließung Verluste eingefahren hätten, seien bei der Gewerbesteuer weiter Mieten, Zinsen und Leasingraten dem Gewerbeertrag hinzugerechnet worden, ungeachtet der Tatsache, dass kein Ertrag angefallen sei, hob Schäfer hervor. Daher sei es ein „Stück aus dem Tollhaus“, dass selbst

Zinsen, die für den KfW-Notkredit angefallen seien, der gewerbsteuerlichen Hinzurechnung unterlägen. Schäfers Fazit: Kosten lösen höhere Steuern aus.

Saskia Ludwig zeigte sich verärgert darüber, dass Zinsen des KfW-Notkredits so behandelt würden, wie Zinsen für Investitionen und damit dem Gewerbeertrag hinzugerechnet würden. Allerdings habe sich bisher kein betroffener Unternehmer an sie gewandt, betonte die CDU-Politikerin. Deshalb sei sie dankbar, dass sie nunmehr auf diesen Umstand hingewiesen worden sei. Sie werde sich an den Parlamentskreis Mittelstand sowie an die Mittelstandsvereinigung der CDU, die jetzt von Gitta Connemann geführt werde, mit der Bitte wenden, beim zuständigen Ministerium zu klären, ob dieses Verfahren vom Gesetzgeber so gewollt sei, zumal Finanzminister Christian Lindner angekündigt habe, statt neuer Ausgabenprogramme

beim Kampf gegen die Corona-Krise ein Corona-SteuerGesetz auf den Weg bringen zu wollen.

Ein weiterer Punkt, den Joachim Schäfer ansprach, war das alte Thema „Mittelstandsbauch“. Es sei doch vornehmste Aufgabe einer Oppositionspartei, den Finanzminister an seine früheren Aussagen zur Beseitigung der „Kalten Progression“ zu erinnern und vorzuschlagen, die Steuertarife um die Inflationsrate nach oben zu verschieben. Dies mit Blick auf Prognosen der Finanzexperten, die bereits eine Inflationsrate von fünf Prozent prognostizieren. Auch zu diesem Punkt sagte Saskia Ludwig zu, noch einmal ihre Kollegen in der Mittelstandsvereinigung zu motivieren, hier tätig zu werden, zumal sie davon ausgehe, dass die Inflationsrate deutlich über fünf Prozent steigen werde – und zwar nicht nur durch die Energiepreise, prognostizierte Saskia Ludwig. Aber es gäbe noch ein anderes Problem, was ihr Sorge mache, sagte die CDU-Politikerin. Die Ankündigungen von Cem Özdemir, die europäischen Subventionen für die Landwirtschaft zur Hälfte in Artenschutz und Klimaschutz einfließen zu lassen, werde für viele landwirtschaftlichen Betriebe der Todesstoß sein, weil bei einer absolut subventionierten Landwirtschaft keine normale Preisbildung mehr möglich sei. Hinzu komme, dass die Stilllegung von Ackerflächen für die Nutzung von Windkraftanlagen dazu führen werde, dass Deutschland immer weniger Möglichkeiten habe, auch nur ansatzweise eine Eigenversorgung für die Bevölkerung sicherzustellen. Mit der Folge, dass Deutschland dann aus Ländern Agrarprodukte importieren müsse, „die es mit der Ökologie nicht ganz so ernst nehmen“, hob Saskia Ludwig hervor.

Mittelstand entlasten – EEG-Umlage abschaffen

Besondere Sorge bereitet BDS und BVMU die Explosion der Energiepreise. Schäfer nannte Beispiele: Die Maingau Energie habe den Gas-Tarif um 60 Prozent erhöht. Beim Vattenfall-Tarif easy 12 erhöhten sich die Heizkosten um fast 80 Prozent. Ein Berliner Verbraucher hatte bisher Gas für rund 160 Euro im Monat bezogen. Als er gezwungen wurde sich einen anderen Lieferanten zu suchen, betrug der Tarif der Grundversorgung bei der GASAG in Berlin 1.000,00

Euro im Monat, also 840,00 Euro mehr als im Jahr 2021. Das entspreche einer Steigerung von 500 Prozent, machte Schäfer deutlich. Seine Frage an Saskia Ludwig: Was kann die CDU bewegen, damit es zu Maßnahmen zur Begrenzung dieser beispiellosen Teuerung kommt? Saskia Ludwigs Antwort: Friedrich Merz habe am 18. Februar hierzu einen Antrag im Bundestag eingebracht, die explodierenden Energiepreise zu begrenzen, der allerdings abgelehnt worden sei, weil die Ampel nach ihrer Ansicht – so Ludwig – eine nicht nachvollziehbare Klientelpolitik betreibe. Man könne den Mittelstand sofort entlasten, wenn die EEG-Umlage abgeschafft würde.



„Selbst die finnischen Grünen klassifizieren Kernenergie inzwischen als ‚grüne Energie‘“

(Dr. Saskia Ludwig)

Auch gelte es die Steuern auf eine Megawatt-Stunde rapide zu senken. Deutschland habe sowieso im europäischen Vergleich die exorbitant höchsten Steuern bei den Energiepreisen, unterstrich Ludwig. Das gelte sowohl für Strom, Gas, Heizöl und Benzin. Auch sei der Ausstieg aus der Kohle- und Atomenergie – so Ludwig weiter – ein Irrweg, der zu einer Strom-Mangelwirtschaft führen werde. Sie bedaure, dass die FDP innerhalb der Ampelkoalition nicht die Kraft habe, die Merkel'sche Fehlentscheidung zum Ausstieg aus der Atomenergie zu revidieren, zumal die EU die Kernenergie inzwischen als grüne Energie-Politik bezeichne und

auch zum Beispiel die finnischen Grünen die Atomenergie als grüne Energie klassifizierten, begründete Saskia Ludwig ihre fundierte Kritik.

Energieverbrauch: „Wer bestellt, muss auch bezahlen“

Auf Unverständnis stoßen bei BDS und BVMU auch die Pläne der Ampelkoalition, Vermieter an den Energiekosten ihrer Mieter zu beteiligen, obwohl der Vermieter keinen Einfluss darauf habe, wie seine Mieter den Energieverbrauch steuern, erläuterte Schäfer seine Kritik am rot-grün-gelben Koalitionsvertrag. Gerade der mittelständische Unternehmer habe vielfach seine Altersvorsorge in Form einer Immobilie geplant. Wenn nur das Vorhaben der Ampelkoalition in praktische Politik umgesetzt werde, ließe sich dies – so Schäfer weiter – bei größeren Gebäudekomplexen kaum realisieren lassen, weil hier alle Wohnungsinhaber entsprechenden Sanierungsmaßnahmen zustimmen müssten. Deshalb sei es doch für die CDU, wenn sie Mittelstandspolitik ernst nehme, ein Muss, hier gegenzusteuern und gegebenenfalls die Ampel-Pläne beim Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen. 100-prozentige Übereinstimmung signalisierte Saskia Ludwig. Allerdings habe die SPD schon in der letzten Legislaturperiode der Großen Koalition diese Intention gehabt. Seinerzeit habe sich die CDU massiv gegen diese Pläne gestellt und deutlich gemacht, „wer bestellt, muss auch bezahlen“. Sie könne nur hoffen, dass die FDP hier ihre Funktion als Regulator wahrnehme, um diesen mittelstandsfeindlichen Akt zu verhindern. Ansonsten schlittere man in die gleiche Situation, wie beim sogenannten „Mietendeckel“ in Berlin, der schon jetzt zeige, dass dadurch Mangel und nicht mehr Wohnungen produziert wurde. Sollten die Ampelpläne Realität werden – unterstrich Ludwig – werden sich kaum noch Investoren finden, die Mietwohnungen bauen. Das werde das Linkskartell zwar wieder mit Marktversagen begründen, um vom eigenen Versagen durch Staatseingriffe abzulenken, sagte Saskia Ludwig. Allerdings fehle ihr auch der Glaube, dass das Bundesverfassungsgericht, so es denn angerufen werde, hier zu einem entsprechenden Urteil käme. „Die Entscheidungen der letzten Zeit deuten nicht darauf hin, dass man auch mit einer derartigen Klage Aussicht auf Erfolg hätte“, so Saskia Ludwigs Einschätzung. ■

Markenzeichen einer seriösen Politik

Saskia Ludwig: „Friedrich Merz kennt den Unterschied zwischen dem, was gewünscht wird, und dem, was machbar ist“

Saskia Ludwig gehört zu den kritischen Geistern innerhalb der Christlich-Demokratischen Union. Die studierte sowie promovierte Diplom-Kauffrau und gebürtige Potsdamerin ist nicht nur Mitinhaberin des Familienunternehmens Funck & Co., sondern auch langjährige Abgeordnete des Landtags Brandenburg. Sie war zudem Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion sowie von Juni 2010 bis September 2012 Landesvorsitzende der Brandenburger CDU. Ihr harter Oppositionskurs gegenüber der Rot-Roten Landesregierung stieß auf Kritik – sogar innerhalb der eigenen Partei. Auf dem 24. Bundesparteitag der CDU in Leipzig forderte Ludwig, „die konservative Säule der Union als Markenkern“ zu stärken. Außerdem müsse sich die CDU intensiver früherer FDP-Wähler annehmen, um wieder konservative Wählerschichten zu erreichen. Im September 2016 wurde Saskia Ludwig mit 71 Prozent der Delegiertenstimmen in ihrem Potsdamer Wahlkreis zur Direktkandidatin für die Bundestagswahl 2017 nominiert. In ihrer Ansprache kritisierte Dr. Saskia Ludwig die Politik ihrer Partei und forderte ein Umdenken in der Asylpolitik. Bei der Bundestagswahl am 24.09.2017 erreichte Saskia Ludwig

das Direktmandat nicht und zog somit auch nicht in den Deutschen Bundestag ein.

Im November 2019 führte Ludwig der Weg über die Landesliste als Nachrückerin in den Deutschen Bundestag und erklärte nach ihrer Entsendung, bis zum Ende der Bundestagsperiode 2021 beide Mandate gleichzeitig ausüben zu wollen, weil sie mit dem landesweit besten Ergebnis ihrer Partei 8 000 Wähler aus ihrem Wahlkreis vertrete und deren Vertrauen nicht gleich zu Beginn der Legislaturperiode enttäuschen wolle.

Im 19. Deutschen Bundestag war Ludwig ordentliches Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union sowie Mitglied im Petitionsausschuss. Bei der Bundestagswahl 2021 trat sie gegen Olaf Scholz und Annalena Baerbock an, was zum Verlust des Bundestagsmandates führte, weil sie über die Landesliste nicht entsprechend abgesichert war.

Wie Dr. Saskia Ludwig die künftige Rolle der CDU als Oppositionspartei im Deutschen Bundestag sieht und die Arbeit der Ampelkoalition bewertet, darüber sprach die streitbare Unions-Politikerin mit Anita Schäfer.

? Frau Dr. Ludwig, Sie gehörten als Bundestagsabgeordnete dem sogenannten Berliner Kreis an, einem Zusammenschluss von konservativ-liberalen CDU-Politikern. Glauben Sie, dass mit der Wahl von Friedrich Merz zum CDU-Parteivorsitzenden und zum Fraktionsvorsitzenden das konservative Element in der Union neu belebt wird?

Dr. Saskia Ludwig: Ich bin sicher, dass Friedrich Merz das konservative Element innerhalb der Fraktion neu beleben wird. Friedrich Merz ist ein Mann der Praxis, was gerade in der Politik einen hohen Stellenwert hat. Merz kennt den Unterschied zwischen

„Wir müssen unsere Verteidigungspolitik neu ordnen und strukturieren.“

dem, was gewünscht wird, und dem, was machbar ist. Nicht jedem modischen Trend hinterherlaufen, sondern gewichten, was sich bewährt hat und damit erhaltenswert ist, und was verändert werden muss, sind das Markenzeichen einer seriösen und damit konservativen Politik. Und so auch das Markenzeichen von Friedrich Merz.

? Welche Hoffnungen knüpfen Sie weiterhin an die Person Friedrich Merz? Welche Schwerpunkte sollte er Ihrer Meinung nach zuerst setzen?

Dr. Saskia Ludwig: Vor allem der Krieg, den Putin gerade gegen

die Ukraine führt, erlaubt Friedrich Merz so gut wie keine Einarbeitungszeit als Oppositionsführer. Auch wird uns durch den Krieg vor Augen geführt, auf welchen tönernen Füßen die unsere Energieversorgung steht. Die durch die Energiewende hervorgerufenen Verwerfungen werden jetzt noch offensichtlicher. Friedrich Merz hat sich zu diesem Thema schon in der Vergangenheit klar positioniert. Wir werden aber keine gesicherte Energieversorgung den Menschen zusagen können, wenn wir uns der Frage verschließen, ob es nicht – wie auch in vielen anderen Ländern – zu einer Renaissance der Kernenergie kommen wird.

Weiterhin zeigt uns der Krieg im Herzen Europas, dass wir unsere Verteidigungspolitik neu ordnen und strukturieren müssen, um die äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gewährleisten zu können. Weiterhin ist das Thema Flüchtlingspolitik nach wie vor nicht vom Tisch. Im Gegenteil. Unter dem Duktus der Ampelkoalition steht zu befürchten, dass sich 2015 wiederholen wird. Verbunden mit dieser Frage ist auch der Bereich der inneren Sicherheit, den wir wieder zu einem wichtigen Element unserer Partei machen müssen.

? Zwischen Union und FDP scheint ein Streit um die politische Mitte entbrannt zu sein. Bundesfinanzminister Christian Lindner wird vom CSU-Politiker Florian Obner als „Lucky Luke der deutschen Finanzpolitik“ apostrophiert und der liberale Abgeordnete Marcus Faber bedankte sich im Umkehrschluss bei der Union dafür, bei der Verteidigungspolitik „Platz gemacht zu haben, um den Scherbenhaufen aufräumen zu können“. Lassen diese Scharmützel den Schluss zu, dass sich die Geistes- und Seelenverwandtschaft von Union und FDP gerade auflöst?

Dr. Saskia Ludwig: Ich bin mir nicht sicher, ob es wirklich eine Geistes- und Seelenverwandtschaft zwischen Union und FDP gab oder gibt. Ich beobachte aktiv die Politik seit 1998 und habe die FDP all die Jahre nicht wirklich als verlässlich erlebt, sondern als reine Klientelpartei. Was wir jetzt erleben, ist dem Umstand geschuldet, dass sich Parteien dem Mainstream anpassen. Das tut auch die FDP. Und ich sehe, dass sich die FDP in der Ampelkoalition immer mehr von ihrem Buchstaben F, der für Freiheit steht, verabschiedet. Insofern ist es für die CDU nach ihrer Neuaufstellung schwierig, gerade in diesem Bereich noch Gemeinsamkeiten mit der FDP zu finden. Weil ich diese Auflösungserscheinungen registriere, glaube ich nicht, dass die FDP inzwischen auch nur ansatzweise die Mitte dieser Gesellschaft repräsentiert.

? Allerdings hat der FDP-Partei-vorsitzende und Finanzminister Christian Lindner angekündigt, ein Corona-Steuergesetz auf den Weg zu bringen. Halten Sie Christian Lindners Pläne für unterstützenswert?

Dr. Saskia Ludwig: Wir von der CDU haben immer sehr deutlich

„Wir müssen den Verwerfungen, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, etwas entgegensetzen.“

Mit Dr. Saskia Ludwig sprach Anita Schäfer

gesagt, dass den Verwerfungen, die durch die Corona-Pandemie entstanden sind, etwas entgegengesetzt werden muss. Deshalb könnte ich mir gut vorstellen, dass die Union hier Lindners Pläne durchaus unterstützt und nicht den Forderungen von Sozialdemokraten und Bündnisgrünen nachgibt, mit einer Vermögenssteuer beziehungsweise einem Corona-Soli die getätigten Corona-Hilfsmaßnahmen finanziell zu kompensieren. Leider ist es so, dass wir als Oppositionspartei derartige Pläne von SPD und Bündnisgrünen nicht verhindern können, zumal wir auch im Bundesrat als Union nicht über eine Mehrheit verfügen. Das Einzige, was wir machen können ist, deutlich darauf hinzuweisen, dass nicht Steuererhöhungen, sondern Steuersenkungen das Gebot der Stunde sind. Vor allem mit Blick auf die exorbitant hohen Energiepreise und die Inflationsrate, die nach meiner Befürchtung noch deutlich über fünf Prozent ansteigen wird.

? Befürchten Sie nicht, dass der Ausstieg aus Kohle- und Kernenergie zu einer Strom-Mangelwirtschaft führen wird? Und halten Sie den Ausstieg aus der Atomenergie, im Nachhinein betrachtet, für falsch, zumal die EU die Kernenergie inzwischen als grüne Energiepolitik bezeichnet und auch zum Beispiel die finnischen Grünen die Atomenergie als grüne Energie klassifizieren?

Dr. Saskia Ludwig: Ich halte den Ausstieg sowohl aus der Kohle als auch aus der Kernenergie nicht nur im Nachhinein für falsch. Ich darf das begründen: Als im Jahr 2012 in einer Nacht- und Nebelaktion im Bundesvorstand der CDU ein Papier zur Energiewende und zum Ausstieg aus der Atomkraft vorgelegt wurde, habe ich dagegen gestimmt. Und zwar nicht, weil ich in die Atomkraft das Allheilmittel gesehen habe, sondern ich habe mir die Frage gestellt, wie soll es anschließend weitergehen.



Für mich war die heutige Situation schon damals absehbar. Meine Befürchtungen von einst bewahrheiten sich heute. Es gibt inzwischen neue Technologien, was die Atomkraft betrifft. Kernreaktoren der neuesten Generation produzieren die klimafreundlichste Energie und verfügen über eine Technologie, die bei uns in Deutschland geplant wurde. Es ist zum Haare raufen, dass wieder einmal wir in Deutschland eine Technologie erfinden, diese aber ins Ausland abwandert, weil sie bei uns nicht unterstützt wird. Für Brandenburg besonders bitter, da benötigte Teile hier in Brandenburg produziert werden.



? Umweltministerin Steffi Lemke hat eine Brücke geschlagen zwischen den Bündnisgrünen und den radikalen Klimaaktivisten, indem sie die Aktionen der Gruppe „Essen Retten – Leben Retten“ als „zivilen Ungehorsam“ legitimierte und zum Beispiel Straßenblockaden von „Letzte Generation“ als „absolut legitim“ apostrophierte. Dass eine Ministerin nicht mehr auf dem Boden des Rechts steht, ist schon ein einmaliger Vorgang. Ihre Bewertung?

Dr. Saskia Ludwig: Es ist mittlerweile so, dass bei uns zwischen guten und schlechten Demonstrationen unterschieden wird – also mit zweierlei Maß gemessen wird. Gute Demonstrationen werden von Friday´s for Future oder von anderen „Aktivisten“ organisiert. Zu den schlechten Demonstrationen gehören Proteste z.B. gegen die beschlossenen Corona-Maßnahmen der Bundesregierung. Die einen werden wohlwollend beurteilt, auch wenn diese unangemeldet stattfinden oder sogar Menschenleben gefährden, wie dies bei der Aktion „Essen Retten – Leben Retten“ der Fall war. Auf der A100 wurden Krankenwagen- und Feuerwehrfahrzeuge durch Straßenblockaden davon abgehalten, zum Einsatzort zu fahren.



„Es ist mittlerweile so, dass bei uns zwischen guten und schlechten Demonstrationen unterschieden wird.“

Dagegen werden Demonstrationen gegen Corona-Maßnahmen mit dem Adjektiv „rechts“ oder „rechtsradikal“ belegt, mit der Unterstellung, dass die Demonstranten die Destabilisierung des Staates im Sinn hätten, obwohl auch sie nur ein Grundrecht in Anspruch nehmen. Diese unterschiedliche Sichtweise ist einem Rechtsstaat unwürdig und vermittelt das Gefühl von Willkür. Wir müssen wieder dahinkommen, dass gleiches Recht für alle gilt. Insofern erwarte ich von Politikern und auch von Regierungsmitgliedern in dieser Frage sachliche und klare Antworten.

? Außenministerin Annalena Baerbock hat sich mit Jennifer Morgan die Co-Chefin von Greenpeace ins Auswärtige Amt geholt, um gemeinsam mit anderen Ressorts die „internationale Klimainitiative Deutschlands“ zu leiten. Morgan ist mitverantwortlich für die Blockierung von Häfen, für die Besetzung von Betrieben oder das Erklimmen von Schornsteinen und hat sich dabei gezielt und bewusst über geltendes Recht hinweggesetzt. Als ein Aktivist während der Fußball-Europameisterschaft per Gleitschirm in die Münchener Allianz-Arena einschwebte, um gegen den EM-Sponsor Volkswagen zu protestieren, kam es zu einem lebensgefährlichen Unfall, bei dem zwei Zuschauer verletzt wurden.

Der verstorbene Bundespräsident Richard von Weizsäcker beklagte einmal, dass die Parteien sich den Staat zur Beute gemacht haben. Gibt die Personalpolitik der grünen Außenministerin nicht auf besonders dreiste Weise dem verstorbenen Bundespräsidenten recht?

Dr. Saskia Ludwig: Worüber reden wir uns eigentlich auf? Bei den Grünen sind wir derartige Vorgänge doch gewohnt. Ich darf nur an den damaligen Bundesaußenminister Joschka Fischer erinnern, der vor seiner Ministerzeit sich auch als Steinewerfer einen Namen gemacht hat. Der bekannte Journalist Hugo Müller-Vogg hat Baerbocks Personalentscheidung wie folgt kommentiert: „Da wird der alte Sponti-Geist der 68er wieder lebendig: Legal, illegal, scheißegal...“ Lassen Sie mich noch einen Satz zu Greenpeace verlieren: Gesetzesverstöße sind bei Greenpeace-Aktionen stets eingepreist. Insofern fand ich es schon seinerzeit bedenklich, dass die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel kurz nach der missglückten Münchener Aktion der deutschen Greenpeace-Organisation ihre Aufwartung machte und deren Arbeit überschwänglich lobte. Gesetzesverstöße von Greenpeace waren Merkel dabei keiner Erwähnung wert. ■